

Bundesrat nur eine Handvoll Stimmen hinter sich hätte. Blicke das Jamaika-Bündnis, mit dem etliche Grüne liebäugeln. Eine Koalition, in der DIE GRÜNEN einen undankbaren Part hätten. Als Bremser neoliberaler Reformeiferer und schwarz-gelben Durchregierens.

Vorerst sind solche Überlegungen freilich Sandkastenspiele. »Wir sind nicht die Mehrheitsbeschaffer für eine neoliberal-konservative Politik«, erklärte Claudia Roth auf dem Kölner Parteitag im Dezember. Bevor DIE GRÜNEN ernsthaft über neue Bündnisse reden und streiten, wollen sie

zunächst ihr inhaltliches Profil schärfen und in der Formulierung ökologischer Ziele radikaler werden. Je konsequenter und glaubwürdiger sie das schaffen, desto eher werden sie wieder zum Mitregieren gebraucht werden. In welcher Formation auch immer.



Peter Pragal (\*1939) war Politischer Korrespondent der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG, des STERN und der BERLINER ZEITUNG. peterpragal@aol.com

Rudolf Walther

## Gesichtsverlust oder Bedeutungslosigkeit

*Das Dilemma der Linkspartei*

Der LINKSPARTEI bläst der Wind ins Gesicht. Wo sie mitregiert, wie in Berlin, verliert sie kräftig an Stimmen, weil ihr Profil nicht deutlich wird und die Folgen der koalitionären Politik ihr stärker angelastet werden als dem Partner SPD. Der Verlust von fast zehn Prozent der Stimmen in Berlin zeigt das eindrücklich. Klaus Wowereit regiert mit einem geschwächten Partner weiter, und die LINKSPARTEI musste ohnmächtig zuschauen wie ihr Kultursenator zuerst systematisch demontiert und schließlich in die Wüste geschickt wurde. Wegen der geringeren Wahlbeteiligung konnte die LINKSPARTEI gerade noch halb so viele Wähler für sich mobilisieren (rund 180.000) wie vor vier Jahren. »Wir haben 69.000 in den Nichtwählerbereich verloren« (*Lothar Bisky*).

In Mecklenburg-Vorpommern ist der Trend weniger ausgeprägt, aber trotzdem vorhanden; 1998 kam die PDS noch auf 24,4 Prozent, 2002 sackte sie auf 16,4 Prozent ab – ein Resultat, das sie jetzt gera-

de noch mit Mühe und Not halten konnte. In beiden Bundesländern hat sich das Mitregieren überhaupt nicht ausbezahlt.

Die LINKSPARTEI steckt in einer Schwierigkeit, die nicht wahlkonjunkturell, sondern strategisch begründet ist. Auf absehbare Zeit wird die Partei im Westen – auch wenn die Vereinigung mit der WASG, so wie es nach deren jüngstem Partei- bzw. Vereinstag aussieht, zustande kommt – schwach bleiben. Als regionale Berlin- und Ostdeutschland-Partei ist sie zwar solide verankert, aber zugleich im Würgegriff der SPD. Klaus Wowereit wusste, warum er erneut mit der Wahlverliererin LINKSPARTEI koalitiert und nicht mit der einzigen Nicht-Splitterpartei, die hinzu gewonnen hat – den GRÜNEN (plus 4,2 Prozent). Als Koalitionspartner ist die LINKSPARTEI für die SPD leicht im Griff zu halten, denn Wowereit kann jederzeit mit dem Koalitionswechsel zu den GRÜNEN drohen, um seinen Kurs durchzusetzen und womöglich die Drecksarbeit den Senatoren des Koalitionspartners überlassen. Wenn

Tony Blair der Schoßhund des amerikanischen Präsidenten war, so erscheint der Wirtschaftssenator Harald Wolf als Dackel des Regierenden Bürgermeisters in Berlin. Wie soll die LINKSPARTEI in einer solchen Konstellation ein politisches Profil ausbilden, das Wähler anzieht?

Wowereit kann die bis zur Selbstverleugnung regierungswilligen GRÜNEN, die jederzeit für alles eintreten, um mit an die Regierung zu kommen, immer als Joker ins Spiel bringen. Das grüne Führungspersonal um Renate Künast und Franziska Eichstädt-Bohlig war schon in der Wahlnacht drauf und dran, »mindestens« drei Senatorenposten für die Schlüsselressorts Umwelt, Bildung und Wirtschaft unter sich auszukungeln.

### **Extrem labile Lage der Spitzenleute**

Auf den Punkt gebracht lautet das Dilemma der LINKSPARTEI: Mitregieren führt zum Gesichtverlust, aber radikale Opposition im Sinne der »Kommunistischen Plattform« oder der trotzkistischen Fundamentalisten um Lucy Redler drückt die Partei früher oder später unter die 5 %-Grenze in die politische Bedeutungslosigkeit. Dieses Dilemma wird noch verschärft durch die extrem labile Lage, in der die Führungsriege der LINKSPARTEI steckt. Mit Bisky, Gysi und Lafontaine hat die Partei drei Spitzenleute, die unterschiedlicher nicht sein könnten und gerne ebenso schnelle wie einsame Entscheidungen treffen. Zumindest Lafontaine sieht die Regierungsbeteiligung in Berlin sehr kritisch und warnt bei jeder Gelegenheit vor dieser Beteiligung als »einer Fehlentwicklung, die uns unglaublich macht« (F.A.Z., 20. November 2006). Gysi relativierte das postwendend auf dem Parteitag in Berlin mit dem Hinweis: »Oskar hat ›ja, aber‹ gesagt« zur rot-roten Koalition.

Mit einem »Weiter so!« oder »Nun erst recht!« manövriert sich die LINKSPARTEI immer mehr in das Dilemma hinein, das

die Partei in ihrer Existenz bedroht. Mit plakativen Forderungen nach einem »Kurswechsel« (Sarah Wagenknecht, Dieter Dehm, Wolfgang Gehrke) ist dem Dilemma ebenso wenig zu entkommen wie mit Lafontaines eher plakativen Spruchweisheiten über soziale Kürzungen, Personalabbau und Ladenschluss. Die LINKSPARTEI muss einen Weg zwischen profillossem Pragmatismus und verbalradikaler Opposition finden. Das ist so heikel wie das Kurshalten zwischen Skylla und Charybdis. Ob das mit der Devise Oskar Lafontaines – »Wer unglaublich regiert, verliert« – gelingt, diesen Kurs zu finden, muss sich erst erweisen.

Die SPD schaute der Regierungsbildung in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern mit demonstrativer Gelassenheit zu und erklärte die rot-rote Koalition in Berlin ebenso zur Normalität wie die Große Koalition in Schwerin. Ein Stück weit ist die Gelassenheit der SPD auch ein Ausdruck strategischer Ratlosigkeit. Denn der »Ausnahmestand« namens Große Koalition wird früher oder später zu Ende gehen. Doch welche Aussichten hat die SPD danach?

Sie ist insofern auch Teil des Dilemmas der LINKSPARTEI, als sich die Stärke der beiden großen »Volksparteien« CDU/CSU und SPD – momentan wie in absehbarer Zukunft – irgendwo zwischen 25 und 35 Prozent einpendeln wird. Deshalb kann man das Wort »Volkspartei« auch nur noch in Anführungszeichen schreiben. Es ist ein starkes Stück Selbstverblendung und Publikumstäuschung, wenn sich der fidele Klaus Wowereit mit seinem 30,8 %-Ergebnis als strahlender »Wahlsieger« in Szene setzt. Diese Viertel- bis Drittel-Wahlvereine sind mit nur einem Koalitionspartner auf Bundesebene wie auf Landesebene nur mit Ach und Krach mehrheitsfähig. In Zukunft wird es voraussichtlich immer öfter Dreierkoalitionen oder Große Koalitionen geben. Und in welcher Konstellation hat die SPD am

ehesten Chancen eine Mehrheit zu finden? Sie hat die Wahl zwischen zwei Möglichkeiten – einer »Ampel«- bzw. »Kongo-Koalition« (Grün-Gelb-Rot) und einer Koalition mit den GRÜNEN und der LINKSPARTEI (Rot-Grün-Rot).

Überlegungen oder gar eine Debatte darüber, wie die SPD mit der LINKSPARTEI regieren könnte, gibt es bislang nicht. Die einzige Antwort, die man auf entsprechende Fragen von Sozialdemokraten aus der Führungsriege bekommt, lautet ziemlich stereotyp und kategorisch: *Erstens:* »Berlin ist ein Sonderfall« und *zweitens:* »Auf Bundesebene geht mit der LINKSPARTEI nichts.« Und hinter vorgehaltener Hand folgt *drittens:* »Und mit Oskar Lafontaine geht schon gar nichts.«

Wie wichtig eine Debatte über Koalitionsperspektiven ist, kann man an zwei Überraschungscoups bei den letzten beiden Landtagswahlen ablesen. Jeder, der vor den Wahlen in Mecklenburg-Vorpom-

mern die FDP auf zehn Prozent gehievt hätte, wäre für politisch unzurechnungsfähig erklärt worden. Aber genau das passierte – die kompromisslosesten opportunistisch sich gerierende Partei landete im Armenhaus der Republik fast zweistellig – mit dem Nebenergebnis, dass die LINKSPARTEI aus der Regierung flog. In Baden-Württemberg dagegen hielten sich die neoliberal imprägnierten GRÜNEN automatisch für den »natürlichen« Partner der CDU, hatten aber die Rechnung ohne die Union gemacht. Wer neue Machtkonstellationen anstrebt, muss diese strategisch öffentlich debattieren und taktisch intern vorbereiten.



Rudolf Walther  
lebt als freier Publizist in  
Frankfurt a.M.